NEWSLETTER 1/2022 zur ODER-PARTNERSCHAFT

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

BERLIN

Inhalt dieser Ausgabe:

- Editorial
- Neues von der politischen Ebene
- Neues aus den Regionen
- Schwerpunkt: Brückenbauer Euroregionen
- Aus den Projekten
- Sonstiges

+ + + NEUES VON DER POLITISCHEN EBENE + + +

Neue Koalitionsverträge auf Bundes- und Landesebene festigen deutsch-polnische Zusammenarbeit

Im Zuge der Bundestags- und Landtagswahlen 2021 sind Koalitionsverträge entstanden, die auch Relevanz für die deutsch-polnischen Beziehungen haben. Dazu zählen neben dem der neuen Bundesregierung unter SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auch die Verträge, die der rot-grün-rote Berliner Senat sowie die rot-rote Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern beschlossen haben.

Bundesregierung bekennt sich zur NATO und hebt Erinnerungskultur hervor
Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung bezieht sich vor allem beim Thema Sicherheitspolitik auf Polen: Die Bundesregierung bekennt sich einmal mehr zur NATO und folglich auch dazu, polnische Interessen im Kontext der Beziehungen zu Russland zu berücksichtigen. Daneben sollen die Freizügigkeit sowie die Integrität des Schengenraums gewahrt bzw. wiederhergestellt werden, wobei es fortan zu keinen Ausnahmeregelungen ohne Konsultation der europäischen Partner kommen soll. Von Belang für Polen sind auch deutsche Vorhaben wie die Stärkung der Bildungsfreizügigkeit sowie die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer.

Daneben wird die große Bedeutung Polens beim Thema Erinnerungskultur hervorgehoben. In diesem Zuge sollen Gedenkstättenarbeit und -forschung gefördert werden, wobei Deutschland gerade gegenüber den europäischen Nachbarn – darunter Polen – eine besondere Verantwortung habe. Die Bundestagsbeschlüsse für ein Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ sowie für einen Erinnerungs- und Begegnungsort im Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzung Polens und die wechselvolle deutsch-polnische Geschichte werden explizit bekräftigt. Zudem soll auch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure, wie beispielsweise des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, verstärkt gefördert werden. Auf politischer Ebene hat Deutschland mit dem Treffen von Bundeskanzler Scholz, dem französischen Präsidenten Macron und dem polnischen Präsidenten Duda im Format des Weimarer Dreiecks am 8. Februar 2022 in Berlin ein erstes Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, in dem es heißt: „Ferner treiben wir erweiterte Formate wie das Weimarer Dreieck mit konkreten Projekten voran.“

+ + + VORWORT + + +

Liebe Leser*innen,

die russische Invasion der Ukraine erschüttert uns zutiefst. Alle Regionen der Oder-Partnerschaft bekunden ihre Solidarität mit der Ukraine und leisten in unterschiedlicher Form Hilfe für das überfallene Land. Hunderttausende Ukrainer*innen flüchten derzeit vor Krieg und Gewalt, viele auch nach Polen und Deutschland. In Zeiten wie diesen wird es mehr als deutlich: Der Zusammenhalt ist stark, insbesondere in Grenzregionen, aus denen uns auf Fotos festgehaltene Momente der gegenseitigen Unterstützung tief berühren. In dieser Ausgabe unseres Newsletters dreht sich vieles um ebendiesen engen Austausch in Krisensituationen. Auch die Coronapandemie hat an vielen Stellen ein fundamentales Umdenken erfordert und uns zu neuen Lösungen inspiriert. Deshalb legen wir den inhaltlichen Schwerpunkt dieses Mal auf die Euroregionen entlang der deutsch-polnischen sowie deutsch-polnisch-tschechischen Grenze. Umbrüche finden derzeit auch auf politischer Ebene statt. So werfen wir einen Blick auf die Koalitionsverträge, die Ende vergangenen Jahres in Berlin sowie Schwerin beschlossen wurden und mit denen sich die regierenden Parteien auf Bundes- wie auf Landesebene für den Ausbau der deutsch-polnischen Zusammenarbeit starkmachen. Ein Neuanfang nach der Pandemie, der endlich in Reichweite scheint, soll derweil genutzt werden, um uns auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten: Ein Appell ruft dazu auf, Lücken in der grenzüberschreitenden Krisenbewältigung zu schließen. Außerdem neu: ein MDR-Studio in Görlitz, ein gemeinsamer Vorstoß für den Klimaschutz, eine Zusammenarbeit deutsch-polnischer Museen und vieles mehr. Gemeinsam setzen Deutschland und Polen viele Zeichen für Freundschaft und Frieden in Europa.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Marta Szafrańska

Marta Szafrańska
Referat Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

ODER-PARTNERSCHAFT PARTNERSTWO-ODRA

Für die Zusammenarbeit mit Polen relevant ist außerdem der Punkt, in dem es heißt: „Wir verbessern die Zusammenarbeit in Grenzräumen, z. B. durch Grenzscouts, Regionalräte und Experimentierklauseln."

Kritischere Töne schlägt das Koalitionspapier an, wenn es um das Thema Rechtsstaatlichkeit geht. Polen wird hier nicht explizit genannt, das Thema hat sich aber in den letzten Monaten und Jahren zu einem der Streitpunkte zwischen der EU und Polen entwickelt. Die Europäische Kommission wird dazu aufgefordert, bestehende Rechtsstaatsinstrumente bei Verstößen konsequenter und zeitnah einzusetzen. Die Bundesregierung werde „[..] den Vorschlägen der EU-Kommission zu den Plänen des Wiederaufbaufonds zustimmen, wenn Voraussetzungen wie eine unabhängige Justiz gesichert sind."

Oder-Partnerschaft: ein Beispiel für die Kooperation mit polnischen Kommunen, Regionen und der Zivilgesellschaft
Im Koalitionsvertrag des Berliner Senats wird Polen im Kontext der europäischen Zusammenarbeit mehrere Male direkt erwähnt. Angesprochen werden verschiedene Themenfelder wie kommunale Zusammenarbeit, Kultur, Jugendaustausch, Infrastruktur und Verkehr. Die Oder-Partnerschaft wird dabei explizit als konkretes Beispiel für eine Kooperation mit polnischen Kommunen, Regionen und der Zivilgesellschaft hervorgehoben. Außerdem wird auch hier die Zusammenarbeit mit dem deutsch-polnischen Jugendwerk gelobt und deutlich gemacht, dass Polen als ein besonders relevantes Partnerland für den Jugendaustausch wahrgenommen wird.

Verschiedene Infrastrukturprojekte werden im Rahmen der sogenannten „Innovationskorridore" erwähnt, die „Wirtschafts-, Mobilitäts-, Energie- und Klimaschutzpolitik sowie neue Modelle von Wohnen, Arbeiten und Lernen strategisch miteinander verknüpfen" sollen. Um dieses Ziel zu fördern, soll der Kulturzug zwischen Wrocław (Breslau) und Berlin dauerhaft gesichert sowie die Schienenwege zwischen Deutschland und Polen insgesamt verbessert werden. Zudem bekennt sich der Berliner Senat dazu, „für die Rechte und den Schutz queerer Menschen weltweit [...], insbesondere für die bedrohten queeren Communities in Polen und Ungarn" einzustehen.

Mecklenburg-Vorpommern stärkt Zusammenarbeit in der Metropolregion Szczecin (Stettin)
Der Koalitionsvertrag der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern bezieht sich stark auf die Metropolregion Szczecin (Stettin) und erklärt ausdrücklich die Bereitschaft, sich hier verstärkt zu engagieren. In diesem Zuge soll auch die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern) bei der gemeinsamen Geschäftsstelle für die Metropolregion Szczecin weiter gefördert werden. Dem Raum zwischen Berlin und Szczecin wird eine herausragende Eignung als Gewerbe- und Industriegebiet zugeschrieben, die für die Einrichtung grüner Gewerbeanlagen genutzt werden soll. Auch der Wohnraum in der Region soll ausgebaut werden.

Kollaborationen und Projekte abseits der Metropolregion Szczecin, die laut dem Koalitionspapier weitergeführt oder gestärkt werden sollen, sind der jährliche Polentag, der internationale Schüler- und Jugendaustausch sowie Initiativen für den gegenseitigen Spracherwerb.

Insgesamt macht der Koalitionsvertrag – wie auch die Verträge aus Berlin und auf Bundesebene – deutlich, dass Polen in Deutschland als wichtiger Partner wahrgenommen wird und die gemeinsame Zusammenarbeit in Zukunft weiter ausgebaut werden soll.

Krisenbewältigung: Gemeinsamer Appell deutsch-polnischer Grenzregionen

Seit bald zwei Jahren hält die Coronapandemie die Welt in Atem. Vor allem Bewohner*innen in Grenzregionen waren von den daraus resultierenden, nur national geltenden Einschränkungen oft in besonderem Maße betroffen. Die Restriktionen zur Eindämmung des Virus hatten immer wieder Auswirkungen auf ihre Arbeit, Bildung oder den Besuch bei Familie oder Bekannten – so auch an der deutsch-polnischen Grenze.

Anlässlich des 30. Jahrestages des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags im vergangenen Jahr wandten sich deshalb Vertreter*innen von Gemeinden, Städten, Landkreisen und Europaregionen im deutsch-polnischen Grenzraum mit einem Appell an die Regierungen der beiden Länder. Auch wenn die enge Zusammenarbeit die Sicherheit der Bürger*innen kontinuierlich verbessert, das gegenseitige Verständnis fördert, Vorurteile abbaut und wirtschaftliche wie gesellschaftliche Begegnungen ermöglicht, wies die Coronapandemie auf große Lücken hin. Im offenen Appell zeigten die Unterzeichnenden diesbezüglich ihre Perspektive zu den organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen des grenzüberschreitenden Krisenmanagements auf. Dazu forderten die Beteiligten ein mit den

regionalen und kommunalen Selbstverwaltungsorganen abgestimmtes Vorgehen bei den betreffenden Maßnahmen zur Pandemiebewältigung, um die Bewohner*innen der Grenzregion in ihrer besonderen Situation stärker zu berücksichtigen. Auch die Einrichtung offizieller und mehrsprachiger Anlauf- und Beratungsstellen gehört dazu.

Der tägliche Grenzverkehr

Besonders schwierig war und ist die Situation für Menschen, die aufgrund von Job, Schule, Studium oder anderen Gründen regelmäßig die Ländergrenze überqueren. Hier geht es beispielsweise um Schüler*innen, deren Abschlussprüfungen anstehen oder Menschen, die im medizinischen Sektor arbeiten. Um die Position dieser Personen in zukünftigen Krisensituationen zu verbessern, sollen entsprechend dem Appell unter anderem Grenzschließungen vermieden und für die Pendler*innen Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Zudem sollen Behörden Test- und Impfnachweise in Zukunft auch in der Nachbarsprache anerkennen.

Gemeinsames Krisen- und Gesundheitsmanagement

Auch im Gesundheitswesen ist den Appellierenden zufolge eine intensivere Zusammenarbeit der beiden Länder notwendig, um die Bewohner*innen im Grenzraum zu schützen. Diese erfordere einen stärkeren Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden sowie organisatorische, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen zur reibungslosen Kooperation von Krankenhäusern und Rettungsdiensten – nur so können die Bewohner*innen der Grenzregion geschützt werden. Dies wird ergänzt durch die Forderung gemeinsamer Krisenmanagementpläne, die die Verwaltungsinstanzen vor Ort auch über die aktuelle Pandemiesituation stärken und handlungsfähig machen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Damit all das umgesetzt werden kann, plädierten die am Appell Beteiligten dafür, die Zusammenarbeit auf ein krisenfesteres Niveau zu heben. Hierfür sollen unter anderem die Kooperation zwischen kommunalen Gebietskörperschaften, die grenzübergreifende Erbringung von Dienstleistungen sowie die Nutzung der EU-Instrumente für die territoriale Zusammenarbeit erleichtert werden.

Insgesamt bestätigten über 90 Vertreter*innen im deutsch-polnischen Grenzraum die Eckpunkte des Appells vom 15. und 16. Juni 2021 – darunter der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) René Wilke sowie seine Pendants Mariusz Olejniczak (Słubice), Fred Mahro (Guben), Bartłomiej Bartczak (Gubin), Octavian Ursu (Görlitz) und Rafał Gronicz (Zgorzelec). Mit Michael Sack und Krzysztof Soska (Euroregion Pomerania), Rainer Schinkel und Jacek Wójcicki (Euroregion Viadrina), Harald Altekrüger und Czeslaw Fiedorowicz (Euroregion Spree-Neiße-Bober) sowie Bernd Lange und Piotr Roman (Euroregion Neisse-Nisa-Nysa) sind auch die vier Euroregionen vertreten. Wie deren Pandemieerfahrung im Detail ausgesehen hat, erfahren Sie im Themenschwerpunkt der vorliegenden Ausgabe.

Als Reaktion auf den Appell wurde im Januar eine digitale Konferenz mit dem Titel „Partnerschaft während der Coronakrise – Krisenresilient im grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Verflechtungsraum“ vom Europaministerium des Landes Brandenburg ausgerichtet. Ziel der Konferenz war es, die Kommunikation der staatlichen Akteure in Krisensituationen zu verbessern, um die negativen Auswirkungen für die Menschen in Grenzregionen zu reduzieren.

+ + + NEUES AUS DEN REGIONEN + + +

Auf Kultur-Streife – Ein Reisetagebuch von Dr. Maria Wagińska-Marzec aus Poznań

Auf der Eisenbahnstrecke von Berlin nach Poznań kommen wir heute an dem Schauplatz des Auftaktes eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte vorbei – der Polenaktion 1938, bei der tausende polnische Jüd*innen, die auf dem Gebiet des Deutschen Reiches wohnten, mit Zügen an die deutsch-polnische Grenze gebracht und dort im Niemandsland ihrem Schicksal überlassen wurden. Provisorisch aufgenommen wurden sie in der polnischen Stadt Zbąszyń (Bentschen). Die dort ansässige polnische Stiftung Tres hat sich intensiv mit diesen Ereignissen auseinandergesetzt und einen Erinnerungsort in der Gegenwart freigelegt.

Am 28. Oktober finden in Zbąszyń deshalb jährlich Veranstaltungen statt, um an dieses historische Ereignis zu erinnern und ihm zu gedenken. Das sinngemäß übersetzte Motto „Tag der offenen Arme“ ist dabei eine Referenz auf die Hilfsbereitschaft der damaligen Bewohner*innen der Stadt und ihrer Umgebung. Dank der Bemühungen von Historiker*innen und Interessierten der lokalen Geschichte ist der Ort auch heute noch lebendig und wird gerne von Tourist*innen besucht.

Inspiriert von der Tatsache, dass während der Coronavirus-Pandemie gemeinsame Ausflüge in der Stadtlandschaft oft die einzige Möglichkeit für Begegnungen waren, entwickelte

das Kuratorenteam des Kulturzugs Berlin-Wrocław ein neues Format: die Kultur-StreifZüge, ein Dialogprojekt zwischen Berlin, Wrocław, Poznań, Szczecin, Zbąszyń und Świnoujście. Gefördert wird das Projekt von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa Berlin.

Zbąszyń in Wielkopolska – ein geschichtsträchtiger Ort, an dem die Vergangenheit in der Gegenwart spürbar wird

Im Rahmen der Kultur-StreifZüge machte sich am 9. November 2021, genau am 83. Jahrestag der Reichspogromnacht, eine Gruppe von etwa 30 Mitgliedern der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin e.V. auf die Reise nach Zbąszyń. Den Höhepunkt des Programms bildete das Konzert „Hoffnung im Warteraum“ in der Aula der Staatlichen Musikschule S. Moniuszko. Leitmotiv des Konzerts waren Fragmente von Briefen aus dem „Niemandsland“, die die damals 15-jährige Greta Schiffmann zwischen Mai und Oktober 1939 an ihren Bruder Salomon schrieb. Die Briefe wurden von Ewa Stróżczyńska-Wille und Natalie Wasserman, Kuratorinnen des Kulturzugs, präsentiert. Sie trugen dazu bei, die Atmosphäre und die Erfahrungen eines jungen Mädchens während ihres Aufenthalts in Zbąszyń, ihre Hoffnungen und Enttäuschungen im Zusammenhang mit ihren Bemühungen, die Stadt zu verlassen, den ständigen Zustand des Wartens, ihre spätere Wanderschaft und ihr furchtbares Schicksal wiederzuspiegeln. Die Musik verwoben mit den Zeitzeugnissen rundete unser Ankommen in Zbąszyń ab und zeigte, wie wichtig der Beitrag ist, den Kultur und Dialog zur Auseinandersetzung mit den tragischen Ereignissen in der europäischen Geschichte leisten können.

Erstes binationales MDR-Studio in Görlitz eröffnet

Am 2. November 2021 hat der Mitteldeutsche Rundfunk sein erstes binationales Studio in Görlitz eröffnet. Damit baut der MDR sein Engagement für die Zusammenarbeit mit Hörfunk- und Fernsehanstalten in Mittel- und Osteuropa weiter aus und schafft die Voraussetzungen für neue Impulse in der grenzüberschreitenden Berichterstattung. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit dem polnischen Partnersender Radio Wrocław. Sandro Viroli, Direktor des MDR-Landesfunkhauses Sachsen, erklärt: „Die Idee für das integrative Studio in Görlitz haben wir schon seit geraumer Zeit immer wieder mit unseren Kolleginnen und Kollegen von Radio Wrocław besprochen“. Dabei gehe der Ursprung auf das wöchentliche Radioformat ‚Mensch Nachbar‘ zurück.

Ziel der Zusammenarbeit ist es, die unterschiedlichen Perspektiven der Reporter*innen aus Polen und Deutschland zu nutzen, um ein besseres Verständnis für die jeweiligen Positionen zu entwickeln. Damit ende die Berichterstattung nicht an der Grenze, so Viroli. Auch Marcin Rosiński, Chefredakteur von Radio Wrocław betont: „Unsere Hörerinnen und Hörer leben auf beiden Seiten der Neiße-Grenze und haben, unabhängig von ihrer Nationalität, oft ähnliche Freuden und Sorgen.“

(v.l.n.r.) Ein deutsch-polnisches Team prägt die grenzübergreifende Redaktion: Roman Nuck, Peggy Wolter, Klaudia Kandzia und Tomasz Sikora

Abgebildet wird die enge Zusammenarbeit auch in der Redaktion: Künftig berichten im wöchentlichen Wechsel Tomasz Sikora und Klaudia Kandzia gemeinsam mit den MDR-Kolleg*innen Peggy Wolter und Uwe Walter aus dem Görlitzer Büro. Geplant sind zunächst wöchentlich drei bis vier gemeinsame Berichte bzw. Gespräche für das jeweilige Radioprogramm und langfristig auch verschiedene Themenschwerpunkte.

Neue Organisationsstruktur für den Geopark Muskauer Faltenbogen

Der Geopark Muskauer Faltenbogen aus der Luft

Der Geopark Muskauer Faltenbogen ist eine der geologisch bedeutendsten Landschaften in Europa. Er erstreckt sich über Flächen von mehr als 580 Quadratkilometern in den Ländern Brandenburg und Sachsen auf deutscher sowie der Wojewodschaft Lubuskie auf polnischer Seite. Mit der Gründung des ersten deutsch-polnischen Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) wird nun seine Trägerstruktur neugestaltet. Es ist der erste Kooperationsverbund seiner Art im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Hauptziel ist die Vereinheitlichung und Verbesserung der Organisation um den UNESCO Global Geopark, der auch für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Europäischen Union steht.

Die polnische Vertretung in dem Zusammenschluss sind neben der Wojewodschaft Lubuskie die Gemeinden Brody, Łęknica, Przewóz, Trzebiel, Tuplice und Żary. Auf deutscher Seite sind die Gemeinden Neiße-Malxetal und Felixsee sowie der Landkreis Spree-Neiße aus Brandenburg und die Gemeinde Gablenz, die Stadt Weißwasser und der Landkreis Görlitz aus Sachsen beteiligt.

Das erste Zusammentreffen der 14 Mitglieder fand am 10. Januar 2022 im brandenburgischen Klein Kölzig, dem offizieller Sitz des EVTZ, statt. Tadeusz Jędrzejczak, Vize-Marschall der Wojewodschaft Lubuskie, wurde zum ersten Vorsitzenden der Versammlung gewählt, Weißwassers Oberbürgermeister Torsten Pötzsch zu seinem Stellvertreter. Erste Beschlüsse umfassten den Wirtschaftsplan, die Stellenausschreibungen der Direktion und Vertragsermächtigungen.

IKAREUM Anklam: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit deutsch-polnischer Museen

In der Hansestadt Anklam schreitet der Umbau der Nikolaikirche zum „IKAREUM - Lilienthal Flight Museum“ weiter voran. Die fast 750-jährige Kirche und das Wahrzeichen der Stadt wird zu Ehren des internationalen Pioniers der Luftfahrt, Otto Lilienthal, in ein Museum verwandelt. Es ist die Kirche, in der der 1896 verstorbene Lilienthal getauft wurde. Ende des Zweiten Weltkriegs wurde sie bis auf die Grundmauern zerstört und stand etwa 50 Jahre als Ruine in der Hansestadt.

Neben zahlreichen Spenden und kleinteiligen wie größeren Förderungen zur Finanzierung des Erhalts der Kirchenruine unterstützen der Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern nunmehr den denkmalgerechten Innenausbau der Kirche zusammen mit knapp drei Millionen Euro. Weiterhin wird der Anbau eines Regionalen Informations- und Tourismuszentrums (RITZ) mit knapp sechs Millionen Euro reinen Landesfinanzhilfen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefördert.

Ein Blick in die Zukunft: So könnte die Nikolaikirche in Anklam künftig aussehen

Ein wichtiger Baustein beim Umbau der Kirche ist das Projekt „Technikgeschichte in Pommern – grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Museen in Anklam und Szczecin“, welches im Rahmen von Interreg 5a durch die Europäische Union kofinanziert wird. Im Rahmen des Projekts laufen Arbeiten zur Erschließung des Kirchenschiffs. Die beiden Grenzstädte pflegen bereits seit den 90er Jahren eine enge Partnerschaft.

Um die Erlebbarkeit des gemeinsamen Natur- und Kulturerbes in der deutsch-polnischen Grenzregion zu steigern, gestalten das Museum für Technik und Kommunikation (MTK) in Szczecin ein „Experimentarium“ und das Otto-Lilienthal-Museum (OLM) in Anklam ein „Lilienthal-Lab“ als außerschulische Lernorte. Mit Hilfe von zweisprachigen Museumspädagogik-Konzepten und grenzüberschreitenden Veranstaltungen soll eine starke deutsch-polnische Verbindung auf fachlicher, kultureller und touristischer Ebene gewährleistet werden. Daneben wird eine ständige Veranstaltungskooperation beider Museen ausgearbeitet. Damit trägt das Großprojekt „IKAREUM“ in der Grenzregion Pommern zu einem noch stärkeren kulturellen Austausch zwischen Polen und Deutschland bei.

+ + + SCHWERPUNKT: EUROREGIONEN + + +

Die Euroregionen als Brückenbauer – Ein Blick auf die Euroregionen und ihre Arbeit während der Covid-19-Pandemie

Die Oder verbindet – Länder, Menschen, Kulturen und Gemeinschaften. Ein funktionierendes, grenzübergreifendes Miteinander erfordert jedoch tatkräftiges Engagement. Entlang von Oder und Neiße treiben dies vier Euroregionen maßgeblich voran: Pomerania, Spree-Neiße-Bober und PRO EUROPA VIADRINA im deutsch-polnischen Verflechtungsraum, Neisse-Nisa-Nysa außerdem mit einem Blick auf den Nachbarn Tschechien. Seit den 1990er Jahren bemühen sich diese Euroregionen um die Organisation gemeinsamer Aktivitäten und treten für eine ausgewogene Entwicklung der Regionen und eine Annäherung der betreffenden Seiten ein. Die Euroregionen wurden dabei durch jeweils einen deutschen und einen polnischen Verein, bei der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa zusätzlich durch einen tschechischen Verein ins Leben gerufen. Seitdem agieren sie als sogenannte Trägervereine, die den Euroregionen national die Rechtspersönlichkeit verleihen und dadurch die Handlungsfähigkeit ermöglichen.

Die Euroregionen als zentrale Ansprechpartner vor Ort

Die deutsch-polnische Grenzregion ist nicht nur aufgrund ihrer Lage im Herzen Europas das Zentrum des europäischen Integrationsprozesses. Hier trägt das Zusammenwachsen Ost- und Westeuropas bereits nachhaltig Früchte: Städte, Gemeinden, Universitäten, Schulen und Vereine arbeiten seit vielen Jahren erfolgreich zusammen, unterschiedlichste Projekte werden länderübergreifend geplant und realisiert. Dabei gibt es zahlreiche Herausforderungen, schließlich handelt es sich bei der deutsch-polnischen Grenze um eine verblassende Narbe der Geschichte und eine „harte Sprachgrenze“. Außerdem weisen die politischen Systeme und die Wirtschaftskraft beider Länder Unterschiede auf. Hauptanliegen der Euroregionen ist es, solche Probleme der Grenzregion überwinden zu helfen, eine regionale Identität zu entwickeln, Deutsche und Pol*innen in einer gemeinsamen Wirtschaftsregion mit verbesserten und vor allem gleichwertigen Lebensverhältnissen zusammenzuführen, die Bürger*innen zu unterstützen und mittelbar für sie tätig zu sein. Die Euroregionen bilden dabei grenzübergreifende Fördergebiete für Kommunen und Non-Government-Organisationen. Sie bieten die Chance, nationale Randlagen – also Gemeinden, die sich nicht in unmittelbarer Nähe zu wirtschaftlichen Zentren befinden – miteinander zu verknüpfen und damit vielversprechende Binnenlagen zu kreieren. Auch wenn diese Grenzregionen nicht unbedingt die „große Politik“ bestimmen, sind sie für die Menschen dort oft der erste Ansprechpartner zu verschiedensten Fragen.

Die Euroregionen als „Stimmen des Grenzraums“ und pro Europa

Seit ihrer Gründung sind die deutsch-polnischen Euroregionen vertrauensvolle Partner nicht nur für die nationalen Regierungen von Deutschland und Polen, sondern auch für die deutschen Bundesländer und die polnischen Wojewodschaften entlang der deutsch-polnischen Grenze. Das dokumentieren die vergangenen 30 Jahre erfolgreicher grenzübergreifender Zusammenarbeit. Eine essenzielle Rolle spielen dabei das Aufrechterhalten des Vertrauens, das Weiterentwickeln des Erreichten sowie die Kontinuität in den Rahmenbedingungen. Die Euroregionen vertreten nach dem Bottom-up-Prinzip die Interessen des deutsch-polnischen Grenzraums und bringen eine grenzübergreifende 360-Grad-Perspektive ein, legitimiert durch ein starkes Mandat von Landkreisen, (kreisfreien) Städten, Gemeinden und Ämtern, aber auch durch Wirtschaft, Gesellschaft, Umweltverbände sowie Wissenschaft aus beiden Staaten. Um die Probleme des Grenzraums zu

thematisieren und Lösungswege vorzuschlagen, sind die Euroregionen in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit vertreten. Außerdem nehmen sie an deren Ausschüssen, Arbeitsgruppen und verschiedenen Gremien teil. Beachtlich ist auch die europäische Komponente, die die Euroregionen nicht nur in ihrem Namen transportiert: Dank ihrer Fördermittelpolitik hat die Europäische Union dazu beigetragen, die Regionen entlang der deutsch-polnischen Grenze miteinander zu verflechten und deren grenzübergreifende Zusammenarbeit zu beschleunigen.

Die Wiecker Zugbrücke in Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern

Die vier Euroregionen

Im Nordosten liegt die Euroregion Pomerania. Ihre Zusammenarbeit basiert auf dem am 15. Dezember 1995 in Szczecin geschlossenen Vertrag zwischen Deutschland und Polen. Zwischenzeitlich war mit dem Gemeindeverband Skåne auch ein schwedischer Partner mit dabei. Heute erstreckt sich die Region jedoch „nur noch“ über 189 km der deutsch-polnischen Ländergrenze. Sie umfasst das Gebiet der Wojewodschaft Zachodniopomorskie im Nordwesten Polens sowie Landkreise und Städte Nordostdeutschlands. Mit einer Fläche von ca. 40.000 km² und etwa 2,7 Mio. Einwohner*innen ist die Pomerania die größte der deutsch-polnischen Euroregionen.

Südlich der Euroregion Pomerania liegt die Euroregion PRO EUROPA VIADRINA. Sie erstreckt sich über Teile Brandenburgs auf deutscher und Lubuskie auf polnischer Seite und ist (Wahl-)Heimat von mehr als 815.000 Einwohner*innen auf insgesamt 10.300 km².

Spree, Neiße und Bober – die Namen dieser drei Flüsse in der deutschen und polnischen Lausitz geben der gleichnamigen Euroregion seit fast 30 Jahren ihren Namen. Am 21. September 1993 wurde der Gründungsvertrag unterzeichnet. Seitdem engagiert sich diese Euroregion für die Verbesserung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im südlichen Grenzgebiet des Landes Brandenburg und im südlichen Teil der Wojewodschaft Lubuskie. Die rund 220.000 Einwohner*innen des deutschen Teils verteilen sich auf einer Fläche von rund 1.800 km², während die ca. 640.000 polnischen Einwohner*innen auf einem Gebiet von ca. 7.950 km² leben. Die Geschäftsstellen der Euroregion befinden sich in Guben und Gubin. Den südlichen Teil des Grenzgebiets deckt die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa ab. Sie umfasst nicht nur Teile Sachsens und Dolnośląskie, sondern auch der tschechischen Regionen Liberecký und Ústecký kraj. Auf etwa 11.300 km² leben hier mehr als 1,5 Millionen Menschen.

Information und Kommunikation im Fokus

Als Ansprechpartner vor Ort verstehen sich die Euroregionen unter anderem als Informationsnetzwerke. Dabei bündeln sie neben eigenen Kompetenzen und Know-How auch die der unzähligen Akteure aus dem eigenen Einzugsgebiet. Das hilft, um die grenzübergreifende Kommunikation mit belastbaren Informationen und Wissen sicherzustellen. Dazu möchten sich die Euroregionen zu einer flächendeckenden Beratungs- und Serviceeinrichtung weiterentwickeln – zum Beispiel indem Grenzinformationspunkte eingerichtet werden, wie sie bereits seit Jahrzehnten an den westlichen europäischen Grenzen erfolgreich zum Miteinander beitragen.

Doch wie setzen sich die Euroregionen darüber hinaus für die Bürger*innen in den Regionen ein? Dies geschieht beispielsweise durch die aktive Teilnahme an diversen Gremien, die sich mit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und anderen EU-Angelegenheiten befassen. Neben dieser Gremientätigkeit bieten die Euroregionen verschiedene Fördermöglichkeiten zum Beispiel für Vereine, Verbände, Kindergärten und Schulen an, um den internationalen Austausch zu unterstützen. Finanzierungsquellen sind beispielsweise das EU-Förderinstrument der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ – Interreg A / grenzüberschreitende

Zusammenarbeit sowie Mittel des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW). Letzteres ist in allen vier deutsch-polnischen Euroregionen vertreten und bringt sowohl den schulischen als auch den außerschulischen Jugendaustausch mit jährlich rund 500 Projekten voran. Die proeuropäische Einbeziehung der Zivilgesellschaft wird darüber hinaus in zwei sogenannten EUROPE DIRECTs intensiviert. Diese befinden sich in den jeweiligen Geschäftsstellen der PRO EUROPA VIADRINA in Frankfurt (Oder) und der Euroregion Spree-Neiße-Bober in Guben. Die EUROPE DIRECTs gehören einem Netzwerk lokaler Informations- und Beratungszentren der Europäischen Union an.

Infostand der Euroregion Spree-Neiße-Bober zur Gesundheitsförderung in Brandenburg

Außerdem unterstützen die Euroregionen die sogenannten People-to-people-Projekte über die euroregionalen Kleinprojektefonds. Dabei handelt es sich um ein Programm tausender kleiner Begegnungsprojekte, die das gegenseitige Vertrauen zwischen Deutschen und Pol*innen fördern und ein Fundament für weitergehende Kooperationen bilden, beispielsweise durch Investitionsvorhaben. Die Euroregionen bestimmen eigenverantwortlich die Förderung aus diesen Kleinprojektefonds – von der Informationsvermittlung und der direkten Beratung über die Förderzusage und Auszahlung bis hin zur Nachweisprüfung. Direkte Begegnungen mit Bürger*innen und Unternehmer*innen finden in der Pomerania beispielsweise in der Kontakt- und Beratungsstelle in Löcknitz sowie in den zahlreichen Beratungs- und Servicecentren (BSC) statt. Letztere sind mit insgesamt zehn Standorten in Deutschland und Polen vertreten. Ähnlich handhabt es die Euroregion Spree-Neiße-Bober. Sie spricht im Rahmen des Projekts „Kooperationsbeziehungen“ gezielt Akteure an, die zum ersten Mal eine grenzüberschreitende Partnerschaft eingehen oder ihre Zusammenarbeit verändern wollen. Dazu bietet die Euroregion Beratungen, Workshops und Partnerschaftsbörsen an. Auf gleiche Art und Weise wird in der Euroregion PRO EUROPA VIADRINA das Vorhaben „Coaching VIADRINA“ umgesetzt, um neue Partnerschaften zu initiieren, aber auch die bestehenden aufrechtzuerhalten und auszubauen. Die Strategie der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa mit ihren Schwerpunkten und Prioritäten für die interne Arbeit, für die Arbeitsgruppen und für weitere Maßnahmen sowie Projekte sind in einem sogenannten Handlungsdokument festgehalten, das dreiseitig mit allen Beteiligten abgestimmt wurde, legitimiert durch das Präsidium der Euroregion. Aktuell dient das Interreg-Großprojekt „Verbesserung der Institutionellen Zusammenarbeit in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa“ der Weiterentwicklung, Fortschreibung und Anpassung an den Zeitraum 2021-2027 (Perspektive 2030). Im Rahmen des Projekts wird die Arbeit von trinationalen Fachgruppen in den unterschiedlichsten Themenbereichen wie Verkehr, Wirtschaft und Tourismus, Umwelt- und Klimaschutz, Energie, Risikomanagement, Kultur, Bildung und Wissen in Workshops unterstützt.

Die Coronapandemie führt die Schwierigkeiten vor Augen

Auch wenn viele Erfolge zu verzeichnen sind, führte die Situation in der Corona-Krise auch in den Euroregionen vor Augen, an welchen Stellen die gemeinsame Arbeit und das gemeinsame Leben im deutsch-polnischen Verflechtungsraum zerbrechlich sind. All das, was von vielen als europäische Normalität empfunden wird, muss jeden Tag aufs Neue hart erarbeitet werden. Es gibt keinen EU-weiten Pandemieplan, der die Gesundheitspolitik regelt. Auch innerhalb der Länder gilt: Gesundheit ist Ländersache bzw. obliegt den Wojewodschaften. Die Grenzregionen beklagen, auf Regierungsebene als „kleiner Ausschnitt der Gesellschaft“ betrachtet zu werden. Dabei entwickeln sich die binationalen Regionen mit einer eigenen und fruchtbaren Dynamik, die deutlich macht: Bei der Grenzregion handelt es sich auch um einen Wirtschaftsraum, der nicht kurzfristig geschlossen werden kann.

Direkt über dem Gipfel des Bergs Lausche verläuft die Grenze zwischen Sachsen und der Tschechischen Republik, am rechten Bildrand die zu Polen

Um auf regionaler Ebene Hilfe anzubieten, hat die Euroregion Pomerania den Sonder-Call COVID-19 im Rahmen des Fonds für kleine Projekte ins Leben gerufen. Damit adressierte sie insbesondere Projekte, die durch die Entwicklung innovativer, grenzüberschreitender Lösungen zur Aufrechterhaltung und Entwicklung der sozialen und kulturellen Zusammenarbeit beitragen, Maßnahmen zur Virusbekämpfung vorschlagen oder dem Modellvorhaben im Rahmen der Online-Bildung zuzuordnen sind. Mithilfe dieses Sonder-Calls konnten unter anderem Kommunalverwaltungen und Krankenhäuser persönliche Schutzausrüstung und Tests erwerben. Schulen, Kindergärten und Kultureinrichtungen beantragten Mittel für die Online-Kommunikation und -Lehre. Von Mai 2020 bis Dezember 2021 konnten 172 Projekte genehmigt werden, 64 auf deutscher und 108 auf polnischer Seite. Ein Beispiel im Bereich Bildung ist das Projekt der Partnerschulen aus den Landkreisen Vorpommern-Greifswald mit der polnischen Stadt Police unter dem Titel: „Grenzübergreifende Online-Bildung der Partnerschulen aus Löcknitz und Police“. Das Projekt soll den Schüler*innen eines Gymnasiums in Löcknitz, an dem auch zahlreiche Kinder aus dem Ignacy-Łukasiewicz-Schulkomplex in Police lernen, die Teilnahme am Online-Unterricht ermöglichen.

In der Euroregion Spree-Neiße-Bober spielt die Arbeitsgruppe Gesundheit im Interreg-Projekt DIALOG eine zentrale Rolle. Sie hat sich seit ihrer Einberufung im Jahr 2017 zu einer aktiven deutsch-polnischen Austauschplattform zu allen Fragen der Gesundheitsversorgung entwickelt und setzt sich mit den unterschiedlichsten Gesundheitsthemen auseinander. Es liegt auf der Hand, dass zuletzt auch die COVID-19-Pandemie den Diskurs dieses Gremiums prägte, der mit dem Folgeprojekt DIALOG 2.0 fortgesetzt wird.

Und abseits von Corona?

Parallel zur COVID-19-Pandemie erreichte die deutsch-polnische Grenze auch die Afrikanische Schweinepest. Sie offenbarte ebenso viele Lücken in der grenzübergreifenden Kommunikation wie im Informations- und Wissensmanagement. In der Wahrnehmung der Aufgabe als Grenzscout hat die Euroregion PRO EUROPA VIADRINA einen Dialog zwischen den deutschen und polnischen Expert*innen sowie zuständigen Stellen aus Brandenburg und Lubuskie initiiert. Das ermöglichte einen regelmäßigen Austausch über Prävention und Handlungsmaßnahmen in der Bekämpfung der afrikanischen Schweinepest als grenzübergreifende Herausforderung. Die Euroregion Spree-Neiße-Bober ist im ständigen Dialog mit Veterinär*innen, zum Beispiel zu den Themen Tierseuchen und Lebensmittelsicherheit. Die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa bietet ihre Plattform zum Austausch an bzw. fördert über den Kleinprojektefonds entsprechende Projekte. Weiterhin beschäftigen natürlich auch die Themen Wohnen, Leben und Arbeiten im Nachbarland viele Menschen in den Grenzregionen. Auch hier stehen die Euroregionen als Informations- und Beratungsstelle zur Verfügung.

Die Euroregionen seit jeher Hand in Hand

Jede der deutsch-polnischen Euroregionen verfügt über jahrzehntelange Erfahrung im Bereich der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und ein großes Netzwerk an Partnern mit diversen Kompetenzen. Alle vier deutsch-polnischen Euroregionen agieren seit ihrer Gründung Hand in Hand, ergänzen und unterstützen sich gegenseitig und bilden ein starkes grenzübergreifendes Netzwerk entlang der deutsch-polnischen Grenzen – nicht ohne ihre euroregionale Identität und die jeweiligen Besonderheiten zu wahren.

Weitere Informationen zu den Euroregionen und ihren Aktivitäten finden Sie auf den jeweiligen Online-Präsenzen:

https://www.euroregion-viadrina.de/
https://www.euroregion-neisse.de/
https://www.pomerania.net/de/
https://euroregion-snb.de/68/startseite

Räume schaffen und weiterentwickeln: Ein Update der MORO-Initiativen

Mit dem Forschungsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) setzt die Bundesraumordnung Impulse für die praktische Erprobung und Umsetzung innovativer raumordnerischer Handlungsansätze in den Regionen. In der vergangenen Legislaturperiode war das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zuständig – in der aktuellen ist es das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Wissenschaftlich und organisatorisch betreut wird das Programm MORO vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR). An Oder und Lausitzer Neiße sind vor allem jene Strukturen und Prozesse von Interesse, die der Umsetzung des 2016 verabschiedeten Gemeinsamen Zukunftskonzepts für den Deutsch-Polnischen Verflechtungsraum – Vision 2030 (GZK 2030) dienen. Im Rahmen des MORO „Integrierte Planung im deutsch-polnischen Verflechtungsraum“ wurden im Januar 2021 aus zwölf eingegangenen Vorschlägen fünf Vorhaben zur Förderung und Begleitung ausgewählt.

„Drei Länder – eine Zukunft – Zusammenarbeit im deutsch-polnisch-tschechischen Verflechtungsraum“
Partner: Landkreis Görlitz, Kreis Zgorzelec, Institut für territoriale Entwicklung in Wrocław
Ziel: Schaffung dauerhafter Kooperationsstrukturen im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien

„Schlüsselelemente einer grenzüberschreitenden Stadtentwicklung in der Europäischen Doppelstadt Frankfurt (Oder) & Słubice“
Partner: Stadt Frankfurt (Oder), Gemeinde Słubice
Ziel: Integrierte gemeinsame Stadtentwicklung unter intensiver Einbindung der Bürger*innen

„ITF DE-PL – Ein attraktives grenzüberschreitendes integrales Taktangebot“
Partner: Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien, Fahrgastverband PRO BAHN e.V.,Stowarzyszenie Polsko-Niemiecka Kolej Pasażerska
Ziel: Verbesserte Abstimmung der Fahrpläne und Vernetzung der Angebote im Schienenpersonenverkehr zwischen Deutschland und Polen

„Zwei Länder. Zwei Städte. Eine Zukunft.“
Partner: Stadt Seelow, Stadt Kostrzyn nad Odrą
Ziel: Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen zum Funktionserhalt der Innenstädte, gemeinsam mit den Betroffenen und externem Sachverstand

„Masterplan Grenzlinie – Koncepcja ramowa – Linia graniczna“
Partner: Gemeinde Ostseebad Heringsdorf, Stadt Świnoujście
Ziel: Gemeinsame Entwicklung des Grenzstreifens zwischen dem Ostseestrand und dem Haltepunkt der Usedomer Bäderbahn an der Hauptverbindungsstraße beider Kommunen
Hinweis: Dieses Projekt pausiert derzeit aufgrund eines Beschlusses der Gemeindevertretung Ostseebad Heringsdorf vom 16.12.2021.

Die feierliche Einweihung der Beleuchtung der Stadtbrücke am 2. November 2021

Was seit der Auftaktveranstaltung im Mai 2021 bereits passiert ist, präsentierten die Projektpartner im Rahmen eines Workshops am 14. Dezember 2021:

In Frankfurt (Oder) und Słubice konnten bereits in mehreren gemeinsamen Veranstaltungen wichtige Impulse auf dem Weg zur gemeinsamen Stadtentwicklung gesetzt und Teile der Öffentlichkeit mobilisiert werden. Ausdruck der Aktivitäten ist auch das Erstrahlen der Stadtbrücke über der Oder in den gemeinsamen Farben (s. Foto). Der Bericht der Städte Seelow und Kostrzyn nad Odrą stieß vor allem wegen des vorgestellten Instruments der Solution Labs auf große Resonanz, in denen sich Studierende verschiedener Fachrichtungen einer besonderen Herausforderung der Kleinstadt widmen und interdisziplinär neue Ansätze entwickeln. Potenziale für wesentliche Verbesserungen im Verflechtungsraum lässt auch das Projekt ITF DE-PL erkennen, wenn es ihm gelingt, die relevanten Akteure zu einer besseren Koordination ihrer Angebote zu motivieren. Das Projekt „Drei Länder – eine Zukunft“ nimmt seit dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa im Juli 2021 und auf Grundlage einer zusammenfassenden Analyse von planerischen und strategischen Dokumenten aller drei Partner ebenfalls an Fahrt auf.

Deutsch-polnische Zusammenarbeit kommt wieder in Fahrt

Nachdem die Pandemie für die eine oder andere Verzögerung sorgte, nimmt die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf den zahlreichen verbindenden Bahnschienen wieder an Fahrt auf. Berlin, Brandenburg und Lubuskie starteten im September 2021 eine Initiative zur Aufnahme der Bahnverbindung Berlin – Kostrzyn – Bydgoszcz in das Transeuropäische Ergänzungsnetz. Damit sollen neue Finanzierungsinstrumente der Europäischen Union für den Ausbau der im Nord-Ostsee-Korridor gelegenen Fernverkehrsroute genutzt werden können.

Dank der Unterstützung der IHK Ostbrandenburg und des Marschallamts Lubuskie konnte am 5. Dezember 2021 auch der Runde Tisch Verkehr der Oder-Partnerschaft wieder tagen. Thema waren unter anderem die Herausforderungen der Fahrzeugbeschaffung nach Abschluss der Elektrifizierung und des zweigleisigen Ausbaus Berlin – Szczecin 2026. Außerdem konnte RailBLu als deutsch-polnisches Interreg-A Projekt präsentiert werden. Mit RailBLu sollen Mobilitätsangebote im Schienenpersonennahverkehr in der Region nachhaltig verbessert werden. Projektpartner von RailBLu sind das Marschallamt der Wojewodschaft Lubuskie, das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg sowie der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB GmbH).

Am 21. Dezember folgte die Sitzung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission, bei der der Entwurf einer neuen digitalen deutsch-polnischen Eisenbahninfrastrukturkarte vorgelegt wurde. Am 4. April 2022 konnte die Sonderzug-Fahrt zur ersten Sitzung der AG Verkehr der Deutsch-Polnischen Regierungskommission in Zielona Góra in Präsenz nachgeholt werden. An der Fahrt über die noch stillgelegte Strecke über Gubin und Krosno nahm neben Fahrgastverbänden und Vertreter*innen der Wirtschaft sowie Kommunen auch der Gesandte der polnischen Botschaft Robert Filipczak teil.

Usedom und Wollin im Zeichen grenzübergreifender Zusammenarbeit zum Klimaschutz

Eine Modellregion der Erneuerbaren Energien – bei vielen weckt es wohl das Bild von großen Windrädern und Feldern voller Solaranlagen. Die Wirklichkeit im EU-geförderten Projekt „Modellregion der Erneuerbaren Energien – Inseln Usedom und Wollin“ (MoRE) stellt sich jedoch anders dar: So ist das Projektziel dieser deutsch-polnischen Zusammenarbeit zwar, den Erneuerbaren Energien einen spürbaren Schub zu versetzen, aber ein klassisches Infrastrukturprojekt ist es nicht. Es geht vielmehr um grenzübergreifenden Austausch, Ideenentwicklung sowie Planungen zur Umsetzung und Unterstützung der Inselgemeinden bei ihren Klimaschutzmaßnahmen. Initiiert wurde das Projekt vom Regionalen Raumplanungsbüro der Wojewodschaft Zachodniopomorskie in Szczecin. Das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern ist verantwortlicher Partner auf deutscher Seite.

Das MoRE-Projekt ist in drei Bereiche gegliedert. Neben der Erstellung eines (1) Energieporträts der Region, sollen (2) Stakeholder durch Workshops, Studienreisen und öffentliche Veranstaltungen eingebunden und zum Mitmachen animiert werden. Außerdem gilt es, (3) die nachhaltige Verankerung der Modellregion zu sichern. Dies soll sowohl durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Abschlusserklärung durch die Projektpartner am Projektende im Juni 2022 als auch durch die Implementierung von Vorschlägen in strategie- und raumordnungspolitischen Dokumenten ermöglicht werden.

Viele Teilziele wurden seit der virtuellen Projekteröffnung im März 2021 bereits erreicht oder befinden sich in der Umsetzung. So fand beispielsweise ein reger Austausch mit Stakeholdern in Form verschiedener Branchenworkshops zu den Themen Mobilität, Tourismus und Wärme-/Stromversorgung statt. Diskutiert wurden neben möglichen grenzübergreifenden Kooperationen im Energie- und Klimaschutzbereich auch Chancen und Herausforderungen von CO_2-Reduzierungen in der Wirtschaft und der lokalen Energieversorgung, aber auch die Entwicklung einer gemeinsamen „grünen“ Marke für den Tourismus.

Ebenfalls wurden Analysen zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge erarbeitet, die den deutschen und polnischen Gemeinden mit Standortempfehlungen und Bestandsaufnahmen konkrete Hilfestellungen bei der Errichtung von Ladeinfrastruktur im öffentlichen und privaten Raum geben sollen sowie grenzübergreifend ein besseres Bild der jeweiligen Herausforderungen und Potentiale vermitteln.

+ + + SONSTIGES + + +

Der Europatag in der Oder-Region: Am 9. Mai in Guben und Gubin

Jedes Jahr am 9. Mai steht die Europäische Union besonders im Fokus: Wir feiern den Europatag und damit eine enge länderübergreifende Zusammenarbeit. Die Idee dieser Form der politischen Kooperation geht auf die Schuman-Erklärung zurück, mit der Robert Schuman, französischer Ministerpräsident und später Präsident des Europäischen Parlaments, 1950 die prägende Vision einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vorstellte.

Gefeiert wird dieses Jahr am 7. Mai in Guben und Gubin. Die deutsch-polnische Doppelstadt in Brandenburg bzw. Lubuskie ist unter anderem mit zahlreichen EU-Projekten ein treffendes Beispiel für gelungene internationale Freundschaft und grenzüberschreitenden Austausch. Organisiert wird das Europafest von den Bürgermeistern der beiden Städte, den EU-Informationsnetzwerken in Guben und Zielona Góra, der Regionalvertretung der EU-Kommission und dem Regionalbüro des Europäischen Parlaments in Wrocław.

In eigener Sache:

Schon gewusst? Die Oder-Partnerschaft ist auch auf Twitter und Facebook aktiv!

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen über unsere Profile:

QR-Code Twitter:

← Hier scannen!

https://twitter.com/OderOdra

QR-Code Facebook:

← Hier scannen!

https://www.facebook.com/Oder-Partnerschaft-_-Partnerstwo-Odra-104508725340504

+ + + IMPRESSUM + + +

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

BERLIN

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Referat Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit
Martin-Luther-Straße 105 | 10825 Berlin
Telefon: +49 30 9013-0 | Fax: +49 30 9013-8528
www.berlin.de/sen/wirtschaft/

Ansprechpartner SenWEB | Oder-Partnerschaft:
- Marta Szafrańska | E-Mail: marta.szafranska@senweb.berlin.de
  Telefon +49 30 9013 8420

Mit Unterstützung des externen Netzwerkmanagements der Oder-Partnerschaft:
- LHLK Agentur für Kommunikation GmbH, Berlin

Newsletter im Internet und Portal der Oder-Partnerschaft:
www.oder-partnerschaft.eu

Redaktion und Gestaltung:
LHLK Agentur für Kommunikation GmbH, Berlin

An- und Abmeldung für den E-Mail-Verteiler unter:
www.oder-partnerschaft.eu/an-abmeldung_zum_newsletter.php

Veröffentlichung: April 2022

Bildnachweis:
S. 4 - Ina Schoenenburg
S. 4 - Viola Simank, MDR
S. 5 - lubuskie.pl
S. 5 - Luxigon, heneghan.peng.architects
S. 7 - Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania
S. 8 - Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V.
S. 9 - Zittauer Blickwinkel
S. 10 - Artur Kozlowski